

Allgemeine Geschäftsbedingungen für interne Seminare /Coachings

Nr. 1 - Geltung der Bedingungen

Für den Abschluss von Verträgen über interne Seminare / Coachings mit der Investitionsbank Berlin, Anstalt des öffentlichen Rechts (im folgenden "IBB" oder Auftraggeber), gelten die nachstehenden Bedingungen. Gegenbestätigungen des Auftragnehmers unter Hinweis auf seine Geschäftsbedingungen wird hiermit widersprochen, soweit sie diesen Bedingungen entgegenstehen oder den konkreten Vertragsgegenstand nicht direkt betreffen.

Nr. 2 - Rechtsstellung, Vergütung und Zahlungsbedingungen

- (1) Im Rahmen seiner Tätigkeit unterliegt der Auftragnehmer keinem Weisungs- und Direktionsrecht des Auftraggebers; er ist nicht in die betriebliche Organisation des Auftraggebers eingegliedert. Entsprechendes gilt, sollte der Auftragnehmer Erfüllungsgehilfen zur Erbringung seiner Leistungspflichten einsetzen. Auch soweit Leistungen in den Räumen des Auftraggebers erbracht werden, wird ein Arbeitsverhältnis in keiner Hinsicht begründet.
- (2) Der Auftragnehmer erhält für die Erbringung der vertragsgemäßen Leistungen ein vertraglich zu vereinbarendes Honorar. Sofern vereinbart und vertraglich nicht abweichend geregelt, erfolgt die Zahlung vereinbarter Honorare gemäß den *Vereinbarungen Zahlungsbedingungen*. nach erbrachter Leistung gegen ordnungsgemäße Rechnungslegung.
- (3) Sämtliche Kosten des Auftragnehmers, insbesondere Reisekosten sind im Honorar inkludiert, Reisezeiten werden nicht fakturiert.
- (4) Dem Auftragnehmer ist bekannt, dass diese Honorareinnahmen als Einkünfte zu versteuern sind. Für die ordnungsgemäße steuerliche und sozialversicherungsrechtliche Behandlung der Honorareinnahmen ist ausschließlich der Auftragnehmer selbst verantwortlich.
- (5) Mit dem Honorar sind alle Leistungen einschließlich des gestellten Materials und der notwendigen Einarbeitungszeit sowie der Vor- und Nachbereitung abgegolten.

Nr. 3 - Krankheit, Ausfall, Kündigung

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber unverzüglich Mitteilung zu machen, wenn er an der Erbringung seiner Leistung infolge Urlaub, Krankheit oder sonstigen Gründen gehindert ist. Aufgrund Ausfallzeiten nicht erbrachte Leistungen werden von dem Auftraggeber nicht vergütet.
- (2) Der Auftraggeber ist berechtigt, das Seminar bis spätestens 2 Wochen / das Coaching bis 2 Tage vor dem jeweils vereinbarten Termin abzusagen. Honorar ist in diesem Fall nicht zu zahlen.

Nr. 4 - Unfallversicherung / Haftung

Für eventuelle Unfälle und/oder Schäden auf dem Wege zum/vom oder am Veranstaltungsort wird keine Haftung übernommen. Die Sorge für einen hinreichenden Unfall- und Haftpflichtversicherungsschutz obliegt vielmehr dem Auftragnehmer.

Zur Haftung gelten im Übrigen die gesetzlichen Regelungen.

Nr. 10 - Datenschutz

- (1) Nachstehende Regelungen finden Anwendung auf das Auftrags-/Vertragsverhältnis. Die Regelungen finden auch Anwendung auf ein gegebenenfalls vorgeschaltetes Ausschreibungsverfahren. Im Rahmen dessen umfasst die nachstehend verwendete Bezeichnung "Auftragnehmer" auch alle Bieter.

Sofern ein Vertrag zur Auftragsverarbeitung gem. Art. 28 Abs. 3 DSGVO oder eine Vereinbarung zur gemeinsamen Verantwortung gem. Art. 26 Abs. 1 DSGVO abgeschlossen wird, haben die Regelungen dieses Vertrages bzw. dieser Vereinbarung Vorrang vor den nachstehenden Regelungen zu datenschutzrechtlichen Belangen.

- (2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, hinsichtlich aller im Zuge seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bestimmungsgemäß oder zufällig bekannt gewordenen Informationen oder personenbezogenen Daten strengstes Stillschweigen zu wahren. Hierbei ist es unerheblich, wie konkret diese Informationen sind.

Vertrauliche Unterlagen, Daten oder Informationen in diesem Sinne sind alle betriebswirtschaftlichen, technischen, finanziellen oder sonstigen Informationen über die IBB, ihre Mitarbeitenden und Geschäftspartner.

Nicht vertraulich sind solche Informationen, die bereits allgemein bekannt sind oder ohne Verletzung der vorstehenden Punkte allgemein bekannt werden oder durch Dritte ohne Verletzung einer Vertraulichkeitsverpflichtung bekannt gemacht werden.

- (3) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die ihm vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Informationen oder personenbezogenen Daten vor unberechtigten Zugriffen und vor Verlust zu schützen. Die hierzu verwendete IT-Sicherheitstechnik muss dem Stand der Technik entsprechen. Auf Anforderung des Auftraggebers, spätestens jedoch nach Abschluss der Arbeiten sind die Daten/Unterlagen vollständig an den Auftraggeber zu übertragen/übergeben. Der Auftragnehmer löscht unwiederbringlich alle in seinem Besitz befindlichen Daten und bestätigt die erfolgreiche Löschung schriftlich dem Auftraggeber. Gesetzliche Aufbewahrungspflichten bleiben davon unberührt.
- (4) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, insbesondere die Bestimmungen der DSGVO, des Berliner Datenschutzgesetzes und soweit anwendbar des Bundesdatenschutzgesetzes zu beachten. Es ist ihm untersagt, personenbezogene Daten zu einem anderen als dem Vertragszweck zu verarbeiten, bekannt zu geben, zugänglich zu machen oder sonst zu nutzen. Dies umfasst auch das Erstellen von Kopien für eigene Zwecke oder die dauerhafte Speicherung von Unterlagen, Daten und Informationen. Dem Auftragnehmer ist bekannt, dass Verstöße gegen den Datenschutz strafbar sind.
- (5) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, bei der Verarbeitung aller Daten für die jeweiligen Risiken angemessene Maßnahmen zu treffen, die Vertraulichkeit, Integrität, Authentizität und Verfügbarkeit der Systeme und Dienste auf Dauer sicherstellen.
- (6) Insbesondere sind bei automatisierter Verarbeitung personenbezogener Daten technisch-organisatorische Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind ein dem Risiko angemessenes Schutzniveau zu gewährleisten. Diese Maßnahmen schließen gegebenenfalls unter anderem Folgendes ein:
 1. die Pseudonymisierung und Verschlüsselung personenbezogener Daten;
 2. die Fähigkeit, die Vertraulichkeit, Integrität, Verfügbarkeit und Belastbarkeit der Systeme und Dienste im Zusammenhang mit der Verarbeitung auf Dauer sicherzustellen;
 3. die Fähigkeit, die Verfügbarkeit der personenbezogenen Daten und den Zugang zu ihnen bei einem physischen oder technischen Zwischenfall rasch wiederherzustellen;
 4. ein Verfahren zur regelmäßigen Überprüfung, Bewertung und Evaluierung der Wirksamkeit der technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Verarbeitung.
- (7) Die in den vorstehenden Absätzen beschriebenen Pflichten des Auftragnehmers gelten nach Beendigung der Tätigkeit unbefristet fort. Sollte der Auftragnehmer beabsichtigen, zur Erfüllung dieses Vertrages Unteraufträge zu erteilen, hat er dies vorab dem Auftraggeber unter Nennung des Gegenstandes und des Beauftragten mitzuteilen. Der Auftraggeber kann der Erteilung von Unteraufträgen widersprechen. Bei Genehmigung ist der Auftragnehmer verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass die in den vorstehenden Absätzen genannten Pflichten auch von den Beauftragten eingehalten werden.
- (8) Der Auftragnehmer wird die Mitarbeiter, die zur Erfüllung dieser Vereinbarung eingesetzt werden sollen, verpflichten, die vorgenannten Regelungen zu beachten.
- (9) Der Auftragnehmer hat das Bankgeheimnis zu wahren, soweit der Auftraggeber dem Bankgeheimnis unterworfen ist. Das Bankgeheimnis erstreckt sich auf alle personenbezogenen Daten und anderen Informationen, die dem Auftraggeber über seine Kunden, Interessenten oder über Dritte aus der Geschäftsbeziehung zu diesen bekannt werden. Unter das Bankgeheimnis fällt auch die Angabe, ob der Auftraggeber überhaupt eine Geschäftsbeziehung zu einem Kunden unterhält.
- (10) Für den Fall, dass der Bieter beabsichtigt, zusammen mit verbundenen Unternehmen i.S.v.
- (11) § 15 AktG ein Angebot abzugeben, wird der Bieter die von der IBB erhaltenen Vergabeunterlagen erst dann an diese Unternehmen weitergeben, wenn auch diese eine entsprechende Erklärung unterzeichnet und der IBB zurückgesendet haben und die IBB den Eingang in geeigneter Form (z.B. per E-Mail) bestätigt hat. Die IBB wird den Eingang einer entsprechenden Erklärung unverzüglich bestätigen.

Nr. 5 - Allgemeine Bestimmungen

- (1) Der Auftragnehmer ist damit einverstanden, dass von ihm übermittelte personenbezogene Daten vom Auftraggeber verarbeitet werden, soweit die Erfüllung dieses Vertrages dies erfordert.
- (2) Vertragsänderungen und Nebenabsprachen bedürfen der Schriftform.

Nr. 6 - Gerichtsstand, Leistungsort und geltendes Recht

- (1) Leistungsort und Gerichtsstand sind Berlin.
- (2) Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland.